Öffentliche Niederschrift

der XI/10. Sitzung

Stadtvertretung der Stadt Schmallenberg

Sitzungstermin:	Donnerstag, 15. Oktober 2026
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	18:22 Uhr
Sitzungsort:	Kleiner Saal im 1. OG, Stadthalle Schmallenberg, Paul-Falke-Platz 6, Schmallenberg

Anwesende:

Vorsitzender
Bürgermeister Johannes Trippe

Stadtvertreter
Dietmar Albers
Matthias Albers
Guido Altenhoff
Michael Berg
Dirk Biecker
Ralf Blümer
Dr. Thorsten Conze
Martin Dornseifer
Michael Eiloff
Mathias Geißler
Annette Gerbe
Daniel Gierse
Alexander Gödeke
Theresa Gomes
Claus Guntermann
Marco Guntermann
Johannes Hardebusch — ab 17:40 Uhr während TOP 2 ö. T.
Johanna Hellermann
Christian Hömberg
Jürgen Meyer
Johannes Müller
Martin Peters
Joseph Plett
Michael Rörig
Claudia Schauerte
Bernd Schrewe
Rafael Schröder
Andreas Schulte
Dr. Matthias Schütte
Dr. Martin Steppeler
Stefan Vollmer
Friedrich Freiherr von Weichs
Dietmar Weber
Stefan Wiese
Jens Winkelmann
Kerstin Wunderlich

Von der Verwaltung
Technischer Beigeordneter Andreas Dicke
Stadtamtsrätin Nicole Mette
Beigeordneter Andreas Plett
Stadtverwaltungsrätin Ellen Radmacher
Stadtangestellter Michael Schauerte

Schriftführer
Stadtangestellter Mirko Piechaczek

Entschuldigt fehlen
Hans-Georg Bette
Judith Schulte

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratuliert Bürgermeister Trippe Stadtvertreter Matthias Albers zum Geburtstag und nachträglich Stadtvertreter Hans-Georg Bette anlässlich seines 60. Geburtstags.

Sodann eröffnet Bürgermeister Johannes Trippe die heutige Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass frist- und formgerecht eingeladen wurde und die Stadtvertretung beschlussfähig ist.

Änderungsanträge werden nicht gestellt.

Die Stadtvertretung stellt einstimmig folgende Tagesordnung fest:

A.	**Öffentlicher Teil**	Vorlage:
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
2.	Einbringung des Haushaltsplanentwurfes der Stadt Schmallenberg für das Haushaltsjahr 2027	XI/243
3.	Forstwirtschaftsplanentwurf 2027 für den Stadtwald Schmallenberg und den Ortswald Nordenau	XI/225
4.	Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Schmallenberg	XI/239
5.	Abfallgebühren für das Jahr 2027	XI/217
6.	Abwassergebühren für das Jahr 2027	XI/218
7.	Gebühren für die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen - Erlass des 7. Nachtrags der Gebührensatzung zur Satzung über die Entleerung von Grundstücksentwässerungsanlagen	XI/219
8.	Friedhofsgebühren für das Jahr 2027	XI/220
9.	Erlass des 2. Nachtrags zur Hundesteuersatzung der Stadt Schmallenberg	XI/221
10.	Wassergebühren 2027 -Erlass des 11. Nachtrags der Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserversorgungssatzung	XI/226

11.	IT-Gesamtstrategie 2026-2031 und Digitalisierungsrahmenkonzept 2026–2031 der Stadt Schmallenberg	XI/238
12.	Baugebiet "Unter der Lamfert II", Stadtteil Bracht - Festlegung von Verkaufskonditionen	XI/207
13.	Anregung gemäß § 24 GO NRW in Verbindung mit § 8 der Hauptsatzung der Stadt Schmallenberg - Anregung der Anliegergemeinschaft Schieferweg – Beauftragung eines vom Vorhabenträger unabhängigen Gutachters zur immissionsschutzrechtlichen Verträglichkeit der VENEO-Verbundwerkstoff-Produktion	XI/240
14.	Anregung gemäß § 24 GO NRW in Verbindung mit § 8 der Hauptsatzung der Stadt Schmallenberg; Anregung des NABU Gruppe Schmallenberg zum Erhalt der grundstücksübergreifenden Maßnahmen des naturnahen Gartens „Jovan's Appelkamp“	XI/242
15.	Verschiedenes	

A. Öffentlicher Teil

TOP 1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Hierzu ergeben sich keine Wortmeldungen.

TOP 2. Einbringung des Haushaltsplanentwurfes der Stadt Schmallenberg für das Haushaltsjahr 2027 — XI/243

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Die Vorlage wurde zu Beginn der Sitzung zur Verfügung gestellt.

Der Haushaltsplanentwurf der Stadt Schmallenberg für das Haushaltsjahr 2026 wird von Bürgermeister Trippe und Kämmerer Plett mit denen der Niederschrift als Anlage 1 beigefügten Haushaltsreden und der als Anlage 2 beigefügten Präsentation in den Rat eingebracht. Die vorgetragenen Worte können im Einzelnen von dem Redemanuskript abweichen.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:
Die Stadtvertretung verweist den vorgelegten Entwurf der Haushaltssatzung 2027 mit ihren Bestandteilen und Anlagen zur weiteren Beratung in die Fraktionen und den Haupt- und Finanzausschuss.

TOP 3. Forstwirtschaftsplanentwurf 2027 für den Stadtwald Schmallenberg und den Ortswald Nordenau — XI/225

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatungen in den Bezirksausschüssen sowie im Haupt- und Finanzausschuss, in denen Stadtförster Christian Bröker ausführlich über den Forstwirtschaftsplan berichtet hat.

Die Stadtvertretung beschließt einstimmig den Forstwirtschaftsplanentwurf 2027 in der vorliegenden Fassung.

TOP 4. Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Schmallenberg XI/239

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Haupt- Finanzausschuss.

Die Stadtvertretung beschließt einstimmig den der Vorlage beigefügten Entwurf der Verwaltungsgebührensatzung einschließlich Gebührentarif als Satzung.

TOP 5. Abfallgebühren für das Jahr 2027 XI/217

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Haupt- Finanzausschuss.

Einstimmiger Beschluss:
Die Stadtvertretung bestätigt die mit dem 10. Nachtrag der Gebührensatzung zur Abfallbeseitigungssatzung der Stadt Schmallenberg beschlossenen Gebührensätze für das Jahr 2027.

TOP 6. Abwassergebühren für das Jahr 2027 XI/218

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Haupt- Finanzausschuss.

Einstimmiger Beschluss:
Die Stadtvertretung bestätigt die mit dem 3. Nachtrag der Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Schmallenberg beschlossenen Gebührensätze für das Jahr 2027.

TOP 7. Gebühren für die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen - Erlass des 7. Nachtrags der Gebührensatzung zur Satzung über die Entleerung von Grundstücksentwässerungsanlagen XI/219

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Haupt- Finanzausschuss.

Einstimmiger Beschluss:
Die Stadtvertretung beschließt den als Anlage 1 beigefügten Entwurf des 7. Nachtrags der Gebührensatzung zur Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen der Stadt Schmallenberg als Satzung.

TOP 8. Friedhofsgebühren für das Jahr 2027 XI/220

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Haupt- Finanzausschuss.

Einstimmiger Beschluss:
Die Stadtvertretung bestätigt die mit dem 9. Nachtrag zur Friedhofsgebührensatzung der Stadt Schmallenberg beschlossenen Gebührensätze für das Jahr 2027.

TOP 9. Erlass des 2. Nachtrags zur Hundesteuersatzung der Stadt Schmallenberg **XI/221**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Haupt- Finanzausschuss.

Einstimmiger Beschluss:
Die Stadtvertretung beschließt den als Anlage beigefügten Entwurf des 2. Nachtrages zur Hundesteuersatzung als Satzung.

TOP 10. Wassergebühren 2027 -Erlass des 11. Nachtrags der Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserversorgungssatzung **XI/226**

Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatungen im Haupt- und Finanzausschuss.

Herr Plett fasst den Inhalt der Vorlage zusammen und betont, dass die Gebühren für die Wasserversorgung auf Basis der aktuellen Gebührenkalkulation kostendeckend erhoben werden müssten.
Aktuell sehe sich die Wasserversorgung jedoch mit erheblichen Herausforderungen konfrontiert, die zu steigenden Kosten und damit verbunden zu einer Anpassung der Gebühren führen. Dazu zählen der Ausbau von Verbundleitungen, um die Versorgungssicherheit langfristig zu gewährleisten, sowie auch der Bau neuer Hochbehälter. Zudem müsse das große Leitungsnetz aufgrund seiner historischen Entwicklungen kontinuierlich instandgehalten werden. Auch die hohen gesetzlichen Anforderungen für die Trinkwasserversorgung müsse berücksichtigt werden.
Ein weiterer Kostenfaktor seien die gestiegenen Personalkosten sowie der erhöhte Personalbedarf. Das Leitungsnetz habe sich außerdem in den letzten Jahren durch die Erschließung neuer Ortschaften – die zuvor als Selbstversorger fungierten – erheblich ausgeweitet. Dies sei wiederum mit hohen Anschlusskosten verbunden und stelle eine zusätzliche finanzielle Belastung dar.
Trotz dieser Herausforderungen und extremer Wetterbedingungen, wie den langanhaltenden Trockenperioden in diesem Jahr, habe es im Stadtgebiet Schmallenberg keine Versorgungsengpässe gegeben.

Einstimmiger Beschluss:
Die Stadtvertretung beschließt den als Anlage 1 beiliegenden Entwurf des 11. Nachtrags zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserversorgungssatzung der Stadt Schmallenberg als Satzung.

TOP 11. IT-Gesamtstrategie 2026-2031 und Digitalisierungsrahmenkonzept 2026–2031 der Stadt Schmallenberg **XI/238**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss.

Einstimmiger Beschluss:
Die Stadtvertretung nimmt die IT-Gesamtstrategie 2026–2031 sowie das damit eng verzahnte Digitalisierungsrahmenkonzept 2026–2031 der Stadt Schmallenberg als gemeinsamen strategischen Orientierungsrahmen zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit deren Umsetzung. Beide Dokumente beschreiben, in welche Richtung die Verwaltung ihre technische Grundlage und ihre digitalen Leistungen bis 2031 weiterentwickeln will und nach welchen Grundsätzen spätere Einzelentscheidungen vorbereitet werden. Über den Umsetzungsstand berichtet die Verwaltung dem Haupt- und Finanzausschuss sowie der Stadtvertretung jährlich.

TOP 12. Baugebiet "Unter der Lamfert II", Stadtteil Bracht - Festlegung von Verkaufskonditionen **XI/207**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss.

Die Stadtvertretung beschließt einstimmig, die städtischen Bauplätze im Baugebiet „Unter der Lamfert II“ im Stadtteil Bracht zum Preis von 80,00 €/m² vollerschlossen zuzüglich Vertragsneben- und Vermessungskosten zum Kauf anzubieten.

TOP 13. Anregung gemäß § 24 GO NRW in Verbindung mit § 8 der Hauptsatzung der Stadt Schmallenberg - Anregung der Anliegergemeinschaft Schieferweg – Beauftragung eines vom Vorhabenträger unabhängigen Gutachters zur immissionsschutzrechtlichen Verträglichkeit der VENEO-Verbundwerkstoff-Produktion **XI/240**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt.

Herr Weber bezieht sich auf einen Fragenkatalog der Anliegergemeinschaft, welcher im Vorfeld, zusammen mit einem Antwortschreiben der Stadt Schmallenberg, an die Stadtvertreter herangetragen wurde und fragt, ob er es richtig verstanden habe, dass die Stadt Schmallenberg in Bezug auf die Fragen nicht der richtige Adressat sei.

Herr Heiner Beste bestätigt dies und führt aus, dass die Fragen an die zuständige Genehmigungsbehörde gerichtet werden müssten. Die Pflicht im Bauleitplanverfahren bestehe darin, erhebliche und relevante Belange vorzubringen. Hierzu gehören keine genehmigungsrechtlichen Dinge. Trotzdem habe sich die Stadt an das Bergamt gewandt und sich nach der Zulassungslage erkundigt. Das Bergamt habe bestätigt, dass es bergrechtliche Genehmigungen gebe und ein spezieller Betriebsplan vorliege. Dies sei schriftlich in einer Stellungnahme des Bergamts bekundet worden. Dass im Rahmen einer solchen Zulassung eines Betriebsplans keine öffentlichen Belange entgegenstehen, bleibe zu glauben. Da ein genehmigter bergrechtlicher Betriebsplan vorliege, sei für die Stadt auch nicht ersichtlich, weitere Gutachten durchführen zu müssen. Die Stadt sei keine Aufsichtsbehörde der Bezirksregierung.

Einstimmiger Beschluss bei einer Enthaltung:
Der Rat der Stadt Schmallenberg nimmt die Anregung gemäß § 24 GO NRW vom 24.06.2026 der Anliegergemeinschaft Schieferweg zur Kenntnis. Der Anregung zur Einholung eines unabhängigen Gutachtens wird nicht gefolgt.

TOP 14. Anregung gemäß § 24 GO NRW in Verbindung mit § 8 der Hauptsatzung der Stadt Schmallenberg; Anregung des NABU Gruppe Schmallenberg zum Erhalt der grundstücksübergreifenden Maßnahmen des naturnahen Gartens „Jovan’s Appelkamp“ **XI/242**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:
Die vorliegenden 6 Anregungen des NABU Gruppe Schmallenberg zum Umfeld „Jovan´s Appelkamp“ werden von der Stadtvertretung zur Kenntnis genommen. Als Geschäft der laufenden Verwaltung werden sie jeweils zur Entscheidung an den Bürgermeister bzw. die Verwaltung verwiesen.

TOP 15. Verschiedenes

TOP 15.1 Informationsveranstaltung Batteriespeicher Umspannwerk Arpe

Bürgermeister Trippe informiert über eine Informationsveranstaltung am 11. November 2026, 18:00 Uhr, in Schmallenberg-Arpe. Anlass der Veranstaltung seien Batteriespeichervorhaben im Umfeld des Umspannwerks Arpe. Ziel sei es, Transparenz zu schaffen sowie Gelegenheit zum Austausch zu bieten. Hierzu lädt er alle politischen Vertreter/innen recht herzlich ein.

TOP 15.2 Petition für den Bau eines Kreisverkehrs an der Kreuzung B511 / Ebbinghof in Bad Fredeburg

Auf Wunsch der BFS-Ratsfraktion informiert Bürgermeister Trippe über eine Petition für den Bau eines Kreisverkehrs an der Kreuzung B511 / Ebbinghof in Bad Fredeburg. Bei Interesse bestehe die Möglichkeit sich im Anschluss an dieser Sitzung oder online an der Petition zu beteiligen.

Rede zur Einbringung des Haushalts 2027 - es gilt das gesprochene Wort -

Teil I – Bürgermeister Johannes Trippe

Sehr geehrte Damen und Herren,
verehrte Ratskolleginnen und -kollegen,

ich darf heute hier zum zweiten Mal den Haushalt der Stadt Schmallenberg im Rat einbringen.

Zur Vorbereitung auf den heutigen Tag habe ich natürlich auch in meine Rede vom vergangenen Jahr geschaut. Was soll ich sagen, der einleitende Teil hat leider nichts an Aktualität eingebüßt und könnte heute von mir genauso noch einmal vortragen werden. Im Übrigen gleichen meine Worte zum Beschluss des Haushaltsstrukturkonzeptes in unserer letzten Sitzung diesem ebenfalls auffällig. Aber ich möchte Ihnen und mir diese Wiederholung, der nach wie vor desaströsen Rahmenbedingungen der Kommunalfinanzen heute ersparen.

Allerdings möchte ich das Fazit aus dem vergangenen Jahr als Beginn meiner Ausführungen übernehmen: „Die kommunalen Haushalte stehen unter Druck."

Wenn es Sie beruhigt – Das heißt zuerst einmal, damit sind wir in Schmallenberg nicht allein. Wir sind eine von 396 Kommunen in NRW und in bester Gesellschaft. Alleine der Umstand, dass hiervon nur 7 (!) im Jahr 2026 einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen konnten, sagt alles über die Gemengelage aus in der wir uns bewegen.

Für die, die gerade Kopfrechnen – das sind 1,76 % der Kommunen in NRW die den Haushalt ausgleichen konnten. Anders gesagt 98,24 % konnten dies nicht.

Doch kommen wir zurück auf Schmallenberg, kommen wir zurück auf das was uns hier vor Ort ganz konkret betrifft.
Das Zahlenwerk, welches Ihnen Herr Plett gleich näher vorstellen wird umfasst im Ergebnisplan Aufwendungen von 94,28 Mio. €, welchen Erträge von 90,89 Mio. € gegenüberstehen.

Das heißt, dass sich das geplante Defizit auf rund 3,39 Mio. € beläuft. Nur mit Rückgriff auf die Ausgleichsrücklage gilt der Haushalt dennoch als ausgeglichen. Hierbei eingerechnet ist eine angekündigte Erhöhung der Kreisumlage um 1,45 %-Punkte, auf dann 39,33 %-Punkte. Dies entspricht einer Mehrbelastung von rund 840 T€ für unseren Haushalt.

Hierbei ist es mir wichtig, den Hochsauerlandkreis auch ein Stück weit aus der Schusslinie zu nehmen. Der Haushalt wurde den Bürgermeistern und Kämmerern in zwei Veranstaltungen eingehend vorgestellt und sowohl Andreas Plett, als auch ich selbst haben dort keine nennenswerten Spielräume mehr erkennen können.

Meine Damen und Herren,
die positive Nachricht ist, dass das Gewerbesteueraufkommen sich derzeit als stabil erweist. Schmallenberg verfügt über eine breite, eine stabile wirtschaftliche Basis. Wir haben innovative, fleißige und weitsichtige Familienunternehmer, die auf ebenso zupackende Mitarbeiter bauen können. Dieses, nennen wir es „Made in Schmallenberg“, ist ein Qualitätsbegriff, der weit über unsere Stadt hinausstrahlt und ein Stück weit auch dabei hilft die städtische Finanzlage halbwegs handhabbar zu erhalten.

Ebenfalls im Entwurf eingearbeitet sind die Auswirkungen des von Ihnen beschlossenen Haushaltsstrukturkonzepts. Dieses hat einen Effekt an Einsparungen und Einnahmeverbesserungen von rund 2,20 Mio €.

Dieses Gemeinschaftswerk und in meinen Augen Musterstück an zielorientierter Kommunalpolitik über Fraktionsgrenzen hinweg, versetzt die Stadt Schmallenberg, versetzt uns alle hier in die Lage wichtige Zeit zu gewinnen. Durch das verringerte Defizit und die Schonung unserer Ausgleichsrücklage, werden wir nach jetzigem Stand eine Haushaltssicherung, auch mittelfristig umgehen können.

Meine Damen und Herren,
ich muss allerdings auch Wasser in diesen Wein schütten.
Wenn ich den Begriff Einnahmenverbesserungen benutze, dann wissen nicht nur kommunalpolitische Feinschmecker, dass es sich dabei um Erhöhungen der Steuern und Abgaben handelt. Oder kurz gesagt Mehrbelastungen für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen.

Zusammen mit weiteren Anpassungen der Wassergebühren, die verpflichtend kostendeckend zu erheben sind, ergibt sich hieraus im Einzelfall eine jährliche Mehrbelastung der uns geläufigen Familie Mustermann von rund 128,- €. Gleichwohl bleiben wir für eben jene Familie die günstigste Kommune im Vergleich zu den Nachbargemeinden. Der Verzicht auf Winterdienst- und Straßenreinigungsgebühren, sowie die kostenfreie Kinderbetreuung bleiben beispiellos im gesamten HSK und eröffnen unseren Bürgerinnen und Bürgern auch in Zukunft noch finanzielle Freiräume im Vergleich.

Auch im Bereich der Kernverwaltung gehen wir den Weg der sparsamen Haushaltsführung konsequent mit. Mit einer Kürzung von einer guten Viertelmillion Euro über alle Budgets ist ein erster wichtiger Schritt gemacht. Auch der von Ihnen beschlossenen Strukturanalyse der Verwaltung stehen wir offen gegenüber und begreifen Sie nicht als aufgetragene Last, sondern als Chance den Blick aus einer neuen Perspektive auf unsere Organisation und unser Handeln zu werfen.
Die Vorstellung des Berichts der Gemeindeprüfungsanstalt Anfang 2027 wird hierzu den Auftakt bilden. Darüber hinaus sind Mittel im Haushalt für eine weitergehende externe Beratung veranschlagt.

In den Fokus rückt dabei auch und besonders das Thema Verwaltungsdigitalisierung. Hier haben wir seitens der Verwaltung den Entwurf der IT-Gesamtstrategie, sowie des Digitalisierungsrahmenkonzepts 2026 – 2031 vorgelegt, welchem der Haupt- und Finanzausschuss in seiner Sitzung einstimmig zugestimmt hat und welches Sie heute final beschließen möchten. Dieses Konzept, auf 5 Jahre angelegt, startet bewusst nicht in 2027 oder zu irgendeinem anderen zukünftigen Datum, sondern mit Ihrem Beschluss heute jetzt und hier im Jahr 2026. Dies haben wir auch als bewusstes Signal gewählt um der Sache Nachdruck zu verleihen und die Dinge anzugehen. Nicht zum Selbstzweck oder für schöne Überschriften, sondern um Verwaltung und Bürgerservice nach innen wie nach außen moderner, schneller und vor allen Dingen noch näher zu gestalten. Dabei ist es mir wichtig, dass Digitalität und KI kein Ersatz für Menschenverstand und Dienstleistung sind, sondern ein modernes Werkzeug für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, genauso wie für Bürgerinnen und Bürger.

Gleichzeitig stehen wir wiederum vor einem ambitionierten Investitionsprogramm, Insgesamt sind für das Jahr 2027 Investitionsmittel von 23,1 Mio. € veranschlagt. Hinzu kommen Ermächtigungsübertragungen aus dem laufenden Haushalt in zweistelliger Millionenhöhe.

Die Mittel fließen 1:1 in den Erhalt unserer Infrastruktur, wie Wasserversorgung, Straßenbaumaßnahmen oder in die Erschließung von Bau- und Gewerbeflächen.

Weiter geht es auch mit den notwendigen Investitionen in die Gerätehäuser unserer freiwilligen Feuerwehren. Hier konnten wir zuletzt Einigung über Grunderwerb für die Gerätehäuser in Oberkirchen und Oberhenneborn erzielen. Im Haushalt für die Jahre 2027 bis 2029 finden Sie die entsprechenden Baukosten der ersten neuen Standorte in Bödefeld und Oberkirchen. Aus meiner Sicht ein wichtiger Schritt in Richtung der Zukunft des Brandschutzes in unserer Stadt, wohlgemerkt ehrenamtlich in einer gänzlich freiwilligen Feuerwehr organisiert.

Neben Bauvorhaben, stehen Themen wie die ärztliche Versorgung, Digitalisierung oder der

öffentliche Personennahverkehr im Fokus. Gerade im Bereich der medizinischen Versorgung haben wir im Jahr 2026 große Fortschritte gemacht. Die Niederlassung einer Kinderarztpraxis ab Sommer 2027, sowie die Gewinnung eines Orthopäden, eines Neurologen und weiterer Hausärzte im Stadtgebiet sind ein starkes Pfund. Insbesondere die hausärztliche Versorgung werden wir dabei weiterhin im Blick behalten. Gelten wir im Moment auch als versorgt, bzw. über-versorgt, wissen wir jedoch, dass wir es mit einer Daueraufgabe zu tun haben, die weiterhin personelle und finanzielle Ressourcen fordern wird.

Ein Thema welches mir nach wie vor besonders am Herzen liegt, ist die Erweiterung des Schulzentrums in Schmallenberg. Ich bleibe dabei, dass unsere Schullandschaft diesen Schritt benötigt und er nachhaltig dazu beitragen wird den Bildungsstandort zukunftsfest zu machen. Die Baugenehmigung hierfür liegt vor und die Ausschreibungen sind in Vorbereitung, so dass dem Spatenstich im Frühjahr nichts im Wege stehen sollte.

Meine Damen und Herren,
Sie sehen: Die Herausforderungen sind gewaltig, aber Schmallenberg bewegt sich allen Problemen zum Trotz – klug, vorausschauend und auf dauerhafte, eigenständige Handlungsfähigkeit ausgelegt.
Dass wir diesen Haushalt heute so einbringen können, verdanken wir einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Politik und Verwaltung. Ich denke, Sie werden mir zustimmen, dass sich der Weg, die Arbeit bis zu diesem Punkt gelohnt hat, ohne zu vergessen, dass noch weitere Hürden in den nächsten Jahren vor uns liegen.

Da ich mit einem Fazit begonnen habe, möchte ich auch mit einem Fazit enden:
Lassen Sie uns optimistisch sein – Ja, die Lage ist herausfordernd, aber es hilft nicht nur über Probleme und das große Ganze zu klagen. Lassen Sie uns die Dinge, die wir selbst beeinflussen können, weiter anpacken.
Pessimismus ist noch nie eine Schmallenberger Tugend gewesen.

Zum Ende gilt mein besonderer Dank für die Ausarbeitung dieses umfangreichen Zahlenwerks unserem Kämmerer Andreas Plett und seinem gesamten Team.
Lieber Andreas, ich übergebe das Wort an Dich für die Details des Haushalts.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Rede zur Einbringung des Haushalts 2027 - es gilt das gesprochene Wort -

Teil II – Andreas Plett, Beigeordneter und Kämmerer

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,

ich freue mich, Ihnen heute den Entwurf des Haushaltsplans für das Jahr 2027 vorlegen zu können. Auch ich habe zur Vorbereitung auf den heutigen Tag zunächst nachgelesen, was ich Ihnen bei der Einbringung des Haushaltes 2026 im letzten Jahr mit auf den Weg gegeben habe. Von schlechten Vorzeichen durch Ausbleiben des erhofften Wirtschaftswachstums und hohen Haushaltsdefiziten war da die Rede. Zwischenzeitlich hat sich einiges getan, was mich als Kämmerer zumindest etwas zuversichtlicher stimmt, als es noch letztes Jahr der Fall war.

So haben Sie vor einem Monat ein neues Haushaltsstrukturkonzept mit Maßnahmen und verbindlichen Zielvorgaben für die nächsten Jahre beschlossen. Das Konzept kann unseren Haushalt nicht ausgleichen – das konnte auch nicht erwartet werden – es trägt aber dazu bei, die Planung auf eine finanziell solidere Grundlage zu stellen. Zudem zeigen die jüngsten Daten der Wirtschaftsforschungsinstitute einen Silberstreif am Horizont: es zeichnet sich zwar kein stürmischer Aufschwung, aber doch ein zartes Pflänzchen eines verbesserten Wirtschaftswachstums ab, das Hoffnung für die insgesamt zu erwartenden Steuereinnahmen macht.

Bevor ich näher auf das Zahlenwerk eingehe, möchte ich appellieren und für folgendes werben: Es wird nach meiner festen Überzeugung für die künftige finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt Schmallenberg sehr entscheidend sein, dass die im Haushaltsstrukturkonzept beschlossenen Zielvorgaben keine Eintagsfliege bleiben. Wir müssen die Maßnahmen als verbindlichen Rahmen für die nächsten Jahre sehen, sie fortlaufend weiterentwickeln und an die zukünftigen Rahmenbedingungen anpassen. Man hört in Gesprächen mit Verantwortlichen anderer Städte und Gemeinden im Hochsauerlandkreis heraus, der ein oder andere beneidet uns für das Konzept und für die einvernehmlich gefundenen Lösungen. Ich denke, darauf kann man durchaus stolz sein!

<u>Nun aber zu den Zahlen des Haushaltsplanentwurfes:</u>

Im Ergebnisplan steht unterm Strich ein Fehlbetrag in Höhe von 3,39 Mio. €. Das ist immer noch ein hohes Defizit, vor dem Hintergrund der schwierigen Rahmenbedingungen aber ein annehmbares Ergebnis. Ging die Ergebnisrechnung im Haushalt 2026 einschließlich der mittelfristigen Finanzplanung noch von durchschnittlichen Fehlbeträgen von 6,4 Mio. € aus,

reduzieren sich diese im Haushaltsentwurf 2027 auf einen Mittelwert von 3,9 Mio. €. Dies bedeutet, dass zunächst nicht mehr von einem vollständigen Verzehr der Ausgleichsrücklage zum Ende der laufenden Wahlperiode ausgegangen werden muss. Von Dauer darf eine solche defizitäre Haushaltsplanung selbstverständlich nicht sein – aber: wir haben unsere Hausaufgaben gemacht. Die Ursache für die verbleibenden Defizite ist nunmehr fast ausschließlich in der schon oft bemängelten strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen zu suchen. Die Forderung an Bund und Land, die Kommunen und ihre Aufgaben endlich auskömmlich und nachhaltig mit Finanzmitteln auszustatten, muss daher von den kommunalen Spitzenverbänden aber auch von Ihnen als örtlich politische Vertreter weiterhin mit Nachdruck verfolgt werden.

Der Entwurf des Ergebnisplans ist auf der einen Seite geprägt durch eine deutliche Steigerung der ordentlichen Erträge. Gegenüber dem Vorjahr können wir hier 6 Mio. € mehr erwarten. Im kommunalen Finanzausgleich steigen die uns zustehenden Schlüsselzuweisungen um 1,44 Mio. €. Der Grund hierfür ist, dass unsere Steuerkraft im Referenzzeitraum im Vergleich zum Landesschnitt leicht zurückgegangen ist.
Herr Bürgermeister Trippe hat es bereits erwähnt, von Einbrüchen bei der Gewerbesteuer, wie es andere Kommunen Land auf Land ab derzeit erleben, sind wir bislang verschont geblieben. Im Gegenteil, die Erträge sind derzeit stabil und übertreffen - Stand heute - einmal mehr die Haushaltserwartungen. Unter Einbeziehung der vorgeschlagenen Hebesatzanpassung und der durchschnittlichen Einzahlungen der vergangenen Jahre ist im Haushaltsentwurf ein Gewerbesteuerertrag von 21 Mio. € angesetzt.

Weitere wichtige Positionen auf der Ertragsseite sind die Anteile an der bundesweiten Einkommens- und Umsatzsteuer, die in Summe mit 20,1 Mio. € veranschlagt sind. Das sind 2,2 Mio. € mehr als in diesem Jahr. Wir profitieren hier einerseits von einem neuen und verbesserten Verteilungsschlüssel in der Einkommensteuer sowie von Kompensationszahlungen, die der Bund über die Umsatzsteueranteile leistet und damit gegenüber den Kommunen Mindereinnahmen aus dem steuerlichen Investitionssofortprogramm bis 2029 ausgleicht. Hier zeigt erstmals die gegenüber dem Bund durchgesetzte Konnexität Wirkung: Beschlüsse, die der Bundesgesetzgeber zu Lasten der Kommunen fasst, müssen künftig zu 80 % finanziell ausgeglichen werden. Leider gilt dies nicht für rückwirkende Belastungen, was aus kommunaler Sicht ebenso wichtig gewesen wäre.

Zusammen mit weiteren Ertragspositionen sowie den Einsparungen aus dem Haushaltsstrukturkonzept summieren sich die Haushaltsverbesserungen im nächsten Jahr auf stattliche 7,3 Mio. €! Wenn ich an dieser Stelle mit meiner Haushaltsrede Schluss machen könnte, wäre finanziell alles in bester Ordnung. Leider gibt es aber noch die Aufwandsseite, auf die ich ebenfalls zu sprechen kommen muss.

Bürgermeister Trippe hat bereits die Steigerung bei der Kreisumlage angesprochen. 18,5 Mio. € werden wir voraussichtlich im nächsten Jahr an den Hochsauerlandkreis überweisen müssen. Allein in den letzten 5 Jahren ist die Belastung aus der Kreisumlage um 5 Mio. € oder 37 % angestiegen. Den Kreis belasten die massiven Sozialkosten, die ihm u.a. durch die Umlage des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe aufgebürdet werden. Letztlich bleibt auch dem Kreiskämmerer keine andere Wahl als den Vorschlag zu unterbreiten, die Unterdeckung im Kreishaushalt zu einem großen Anteil an die kreisangehörigen Kommunen weiterzugeben. Insgesamt bereitet die Entwicklung der Sozialkosten weiterhin Sorge: Allein im Zuständigkeitsbereich des LWL steigen die Eingliederungs- und Sozialhilfeaufwendungen im nächsten Jahr um 220 Mio. €. Das sind Kosten, die nahezu vollständig von den Kommunen getragen werden, obwohl es sich nach meiner Auffassung um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe handelt, die vom Bund und Land mitfinanziert werden muss.

Beim Personalaufwand, der mit 21,9 Mio. € veranschlagt ist, haben wir die Zielvorgabe aus dem Haushaltsstrukturkonzept umgesetzt und die Steigerung auf die tarifliche Entwicklung begrenzt. Der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst läuft im Frühjahr 2027 aus. Danach stehen den Tarifvertragsparteien sicherlich schwierige Entgeltverhandlungen bevor. Für den Haushalt habe ich eine Steigerung von 3 % eingerechnet, mit der wir hoffentlich auf der sicheren Seite sind. Der Entwurf des Stellenplans 2027 weist gegenüber dem Vorjahr keinen Stellenmehrbedarf aus. Im Gegenteil haben wir diesen um insgesamt 6 Stellen bereinigt, die bislang als optionale Reserven ausgewiesen und nicht durchgerechnet waren.

Bereits im Jugendhilfeausschuss hatte ich über die Kostenentwicklung in der Kinder- und Jugendhilfe berichtet, die ebenfalls ein Stück weit Sorge bereitet, wie so viele andere Haushaltspositionen aber kaum beeinflussbar ist. Die Kosten für die ambulanten und stationären Hilfen zur Erziehung sowie die Eingliederungshilfen haben sich hier in den letzten 10 Jahren verdoppelt. Im eigens für diese Hilfearten eingerichteten Budget müssen 2027 insgesamt 3,6 Mio. € veranschlagt werden. Die Tatsache, dass Schmallenberg mit dieser Entwicklung nicht alleine ist, sondern es sich um einen bundesweiten Trend handelt, trägt nicht unbedingt zur Beruhigung bei.

Die genannten Positionen, Mehrkosten in der ÖPNV-Finanzierung einschließlich der Schülerbeförderung, steigender Abschreibungsaufwand oder auch das Defizit im Forst führen zu Mehrbelastungen gegenüber 2026 in Höhe von 3,1 Mio. €, die ebenso wie die bezifferten Haushaltsverbesserungen im Entwurf des Ergebnisplans 2027 zu berücksichtigen waren.

Sehr geehrte Damen und Herren,
der Ihnen vorliegende Haushaltsentwurf weist für das nächste Jahr ein geplantes Investitionsvolumen von 23,1 Mio. € aus. Im Wesentlichen führen wir dabei die mittelfristige Finanzplanung des aktuellen Haushalts unter Einbeziehung überarbeiteter Kostenschätzungen und wenigen neuen Maßnahmen fort. Ich möchte an dieser Stelle nicht auf einzelne Maßnahmen eingehen, Herr Bürgermeister Trippe hat bereits einige Investitionsschwerpunkte genannt. Auffallen wird Ihnen, dass in der mittelfristigen Finanzplanung das Jahr 2030 mit einem Betrag von 7 Mio. € vergleichsweise gering vorgeplant ist. Auch hier haben wir die interfraktionell geführten Gesprächsergebnisse zum Haushaltsstrukturkonzept aufgegriffen und auf die Aufnahme neuer Maßnahmen in der Mittelfristplanung weitestgehend verzichtet. Dies bietet aus meiner Sicht die Chance, die hohen Ermächtigungsübertragungen aus Vorjahren von gut 20 Mio. € über die nächsten Jahre abzubauen und auf das notwendige Maß zu begrenzen.

Die Finanzierung der regulär ausgewiesenen Investitionen gelingt planerisch in 2027 und auch in den Folgejahren zu einem hohen Anteil über die Inanspruchnahme von Förderprogrammen. Dazu gehören auch die Mittel aus dem Bundessondervermögen, die in Höhe von 12,7 Mrd. € von der Landesregierung über den wohlklingenden Begriff „NRW-Plan für gute Infrastruktur 2025-2036“ mittels Auflage diverser Zuschussprogramme an die Kommunen weitergeleitet werden. Seien Sie sicher, dass wir als Verwaltung stets alle Programme im bundes- bzw. EU-weiten Förderdschungel im Blick haben und diese vorrangig heranziehen. Ergänzend sieht der Entwurf der Haushaltssatzung eine Kreditermächtigung in Höhe von 5 Mio. € vornehmlich zur Finanzierung der Maßnahmen im Bereich der Wasserversorgung vor.

Sehr geehrte Damen und Herren,
Ich werde den Haushaltsentwurf in den nächsten Wochen noch mit mehr Details in den Fraktionen vorstellen. Wenn Sie hierüber ähnlich konstruktiv diskutieren und beraten, wie es beim Haushaltsstrukturkonzept der Fall war, bin ich optimistisch, dass mit der finalen Beschlussfassung Anfang Dezember ein guter Grundstein für unsere Arbeit im Jahr 2027 gelegt werden kann.

Den Entwurf der Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan für das Jahr 2027, seinen Bestandteilen und Anlagen darf ich Ihnen nun zur weiteren Beratung überlassen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2027

I. Haushaltsrede Bürgermeister Johannes Trippe

II. Haushaltsrede Kämmerer Andreas Plett

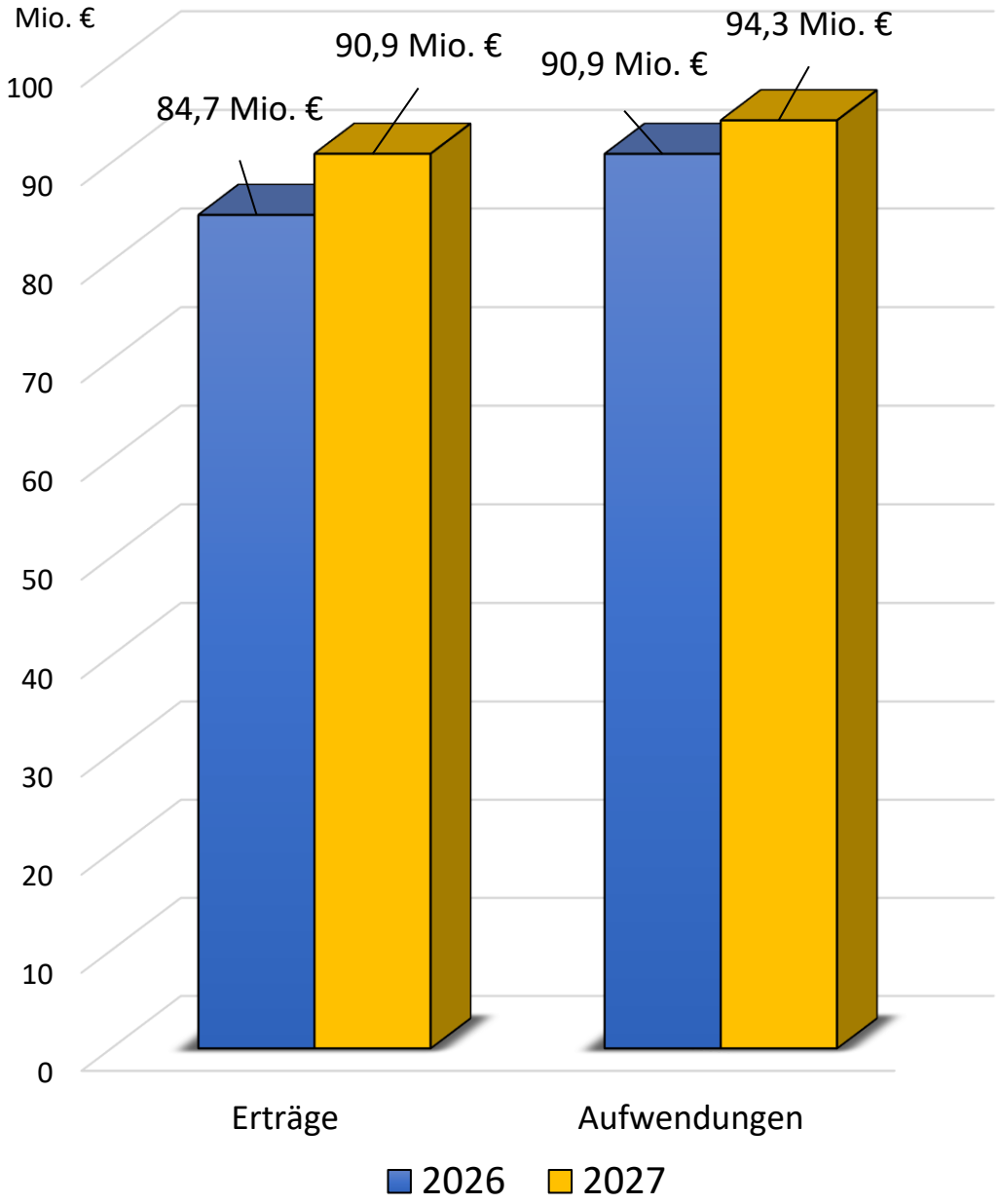
Entwurf Ergebnisplan 2027

1. Erträge: 90,89 Mio. €
   Aufwendungen: 94,28 Mio. €
   Fehlbetrag: -3,39 Mio. €

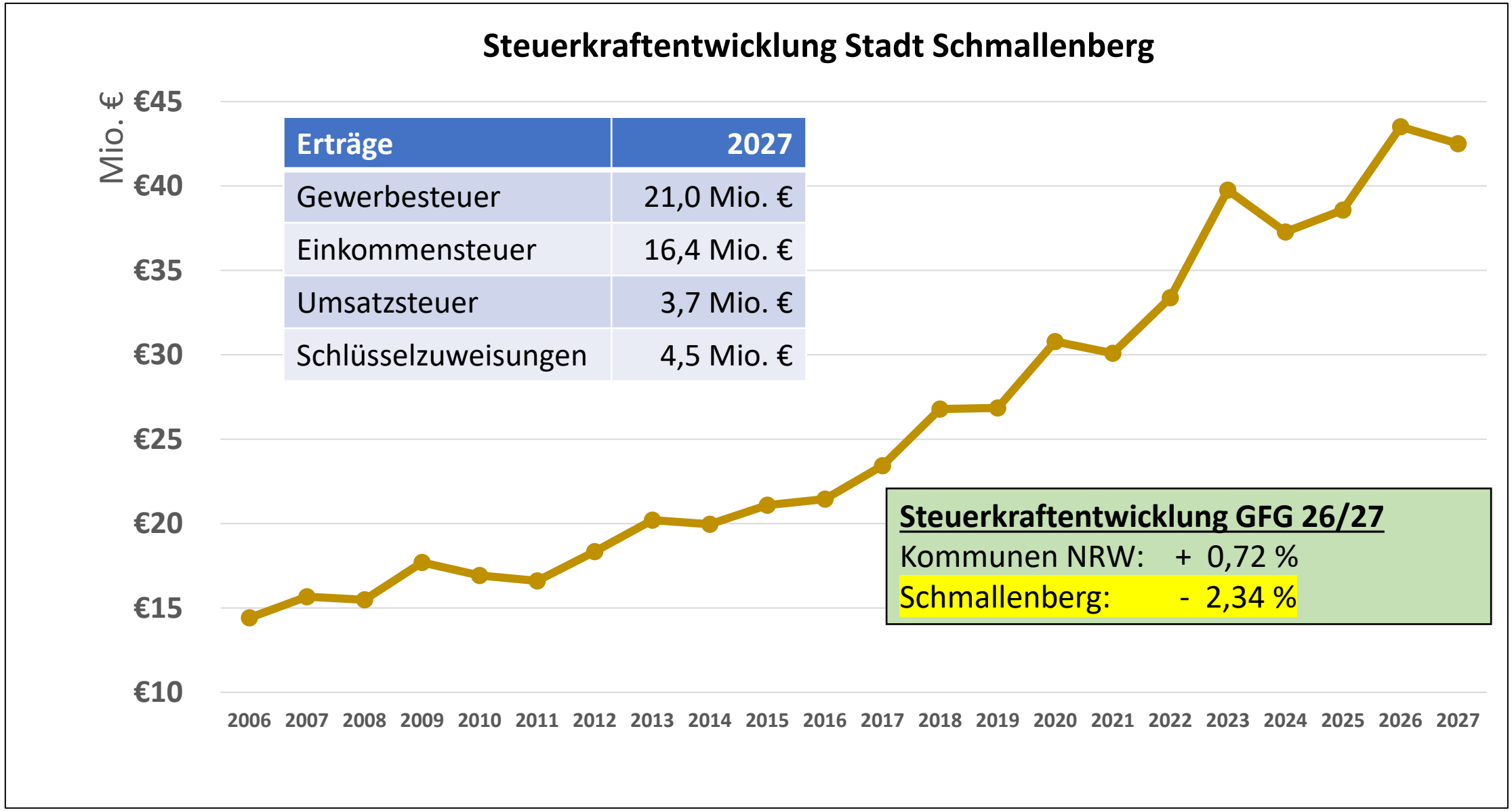
2. Unterdeckung in den **Folgejahren:**
   2028: - 3,6 Mio. €
   2029: - 3,9 Mio. €
   2030: -4,6 Mio. €

3. Inanspruchnahme der **Ausgleichsrücklage** 2027 – 2030: 15,55 Mio. €

4. Vorschlag **Steuerhebesätze:**
   Grundsteuer A: 160 v.H. *(+30 Pkte.)*
   Grundsteuer B: 570 v.H. *(+40 Pkte.)*
   Gewerbesteuer: 450 v.H. *(+30 Pkte.)*



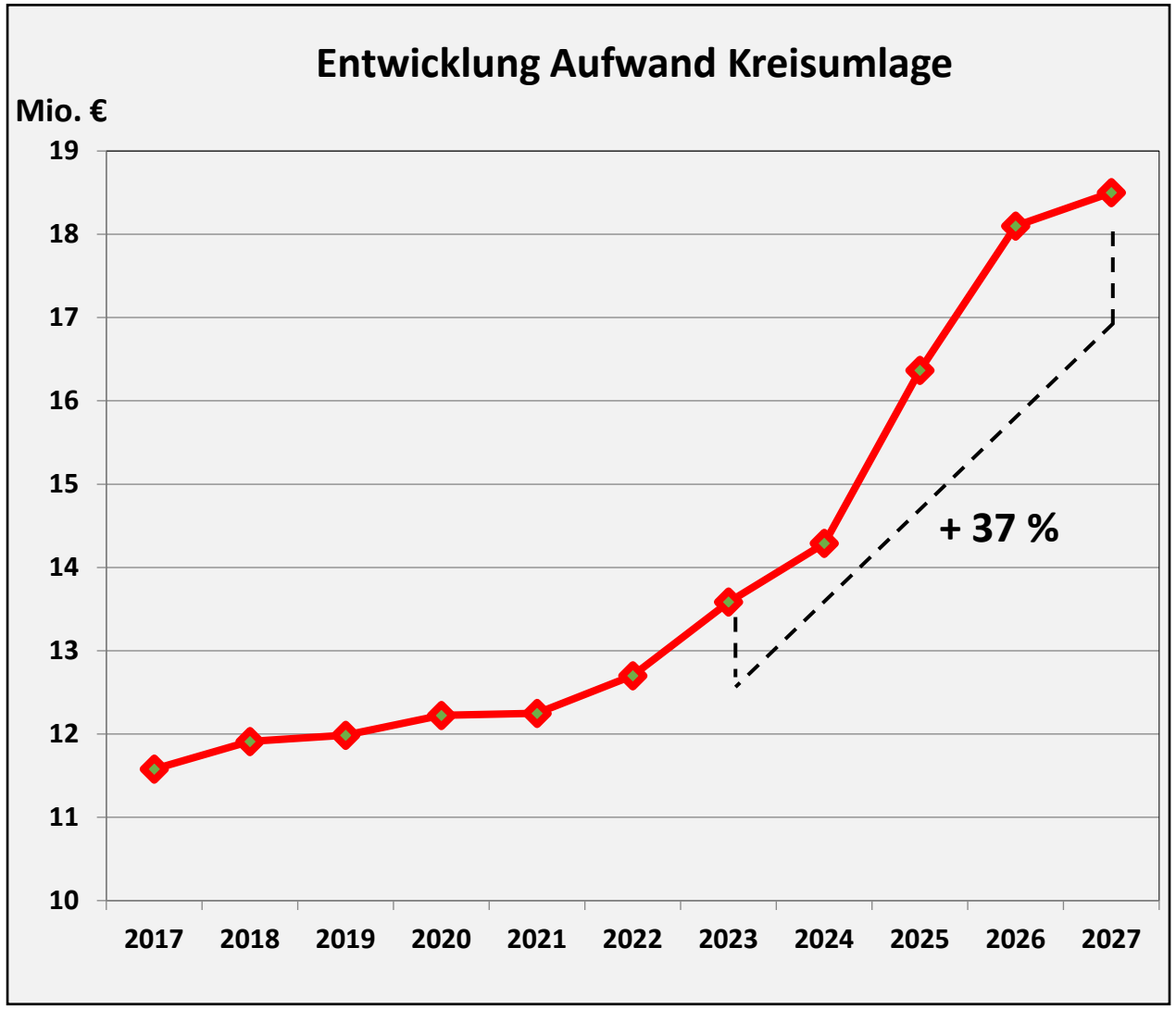
Erträge und Steuerkraftentwicklung

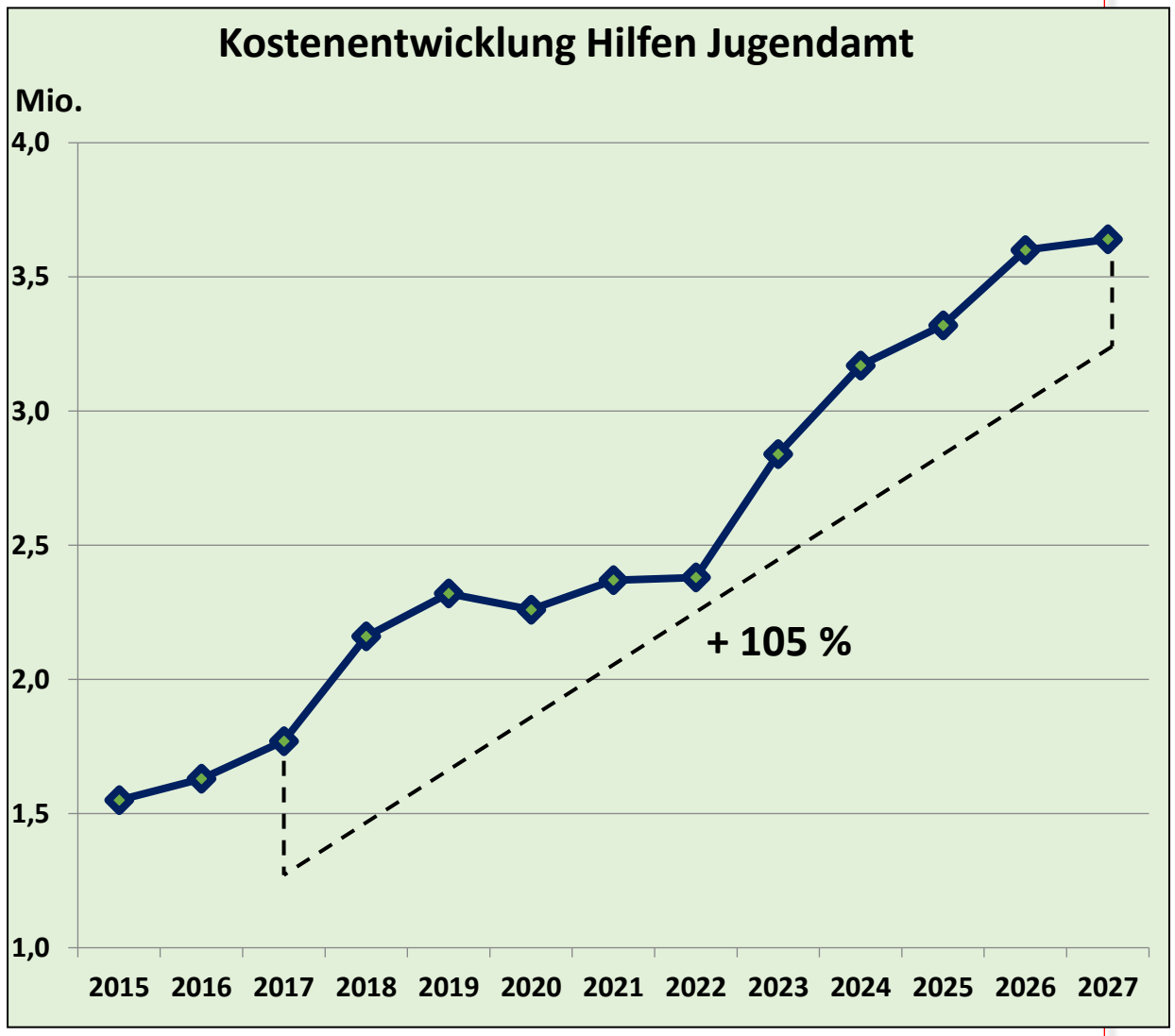


Erträge	2027
Gewerbesteuer	21,0 Mio. €
Einkommensteuer	16,4 Mio. €
Umsatzsteuer	3,7 Mio. €
Schlüsselzuweisungen	4,5 Mio. €

Entwicklung wichtiger Aufwandspositionen

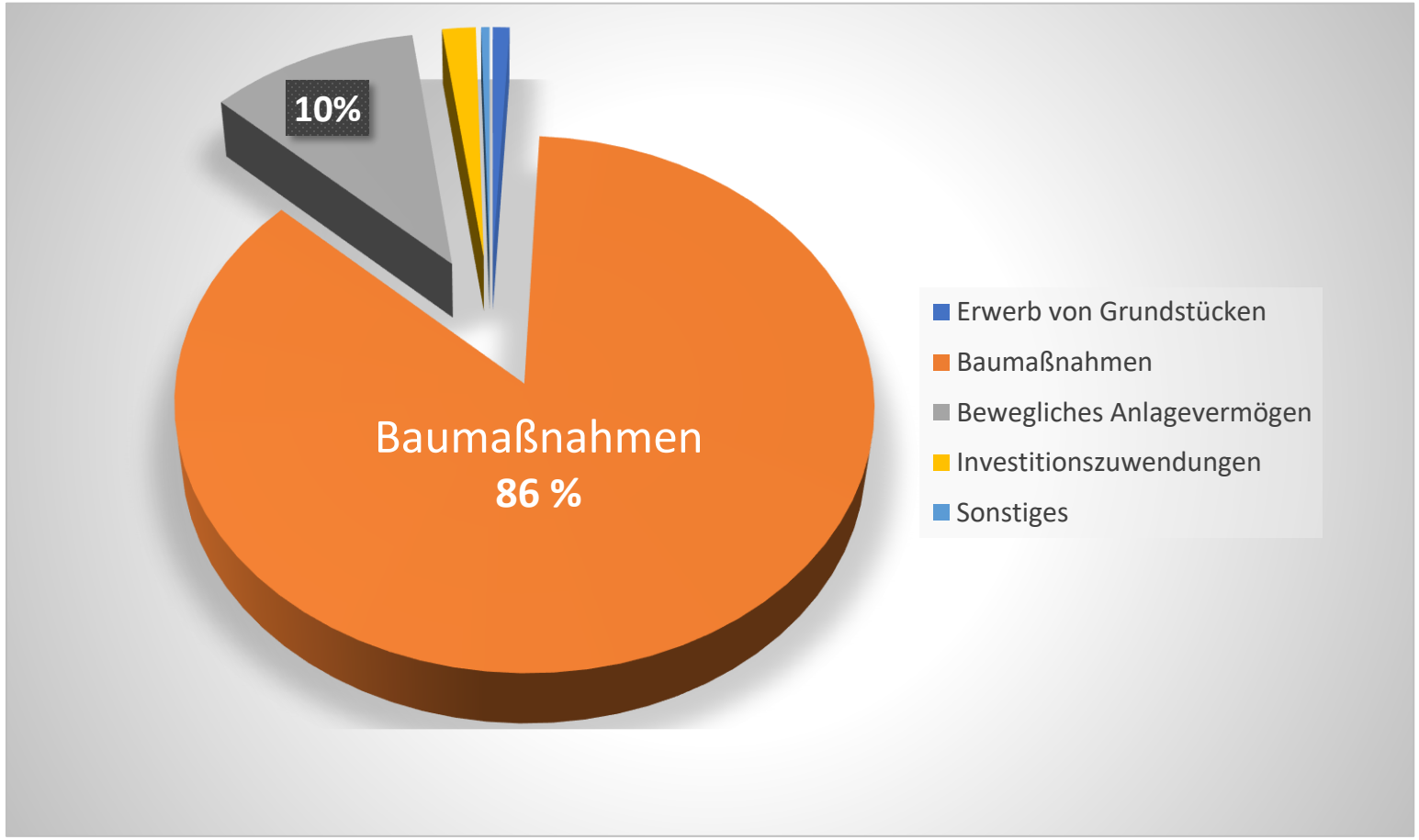
Kreisumlage und Budget Jugendamt





Entwurf Finanzplan 2027 - Investitionen

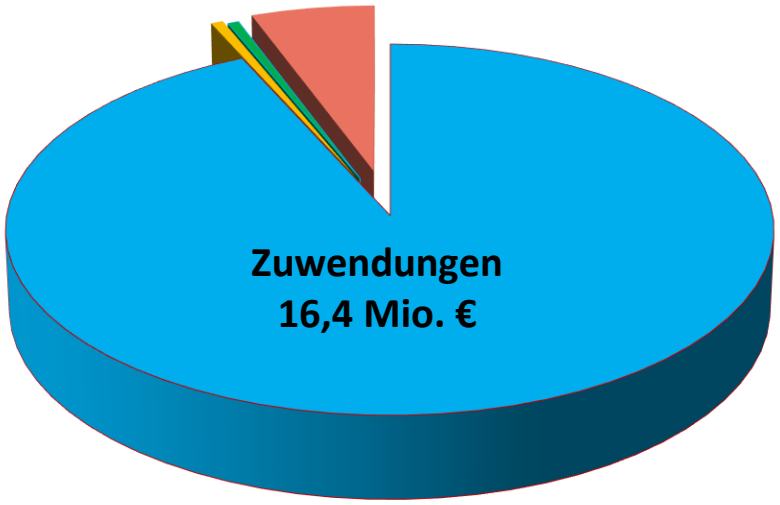
2026	2027	2028	2029	2030	Summe 2027-2030
24,1 Mio. € + ETÜ 22,5 Mio. €	**23,1 Mio. €**	17,5 Mio. €	17,0 Mio. €	7,0 Mio. €	**64,6 Mio. €**



Baumaßnahmen	2027
Hochbau	6,5 Mio. €
Tiefbau	9,7 Mio. €
Wasserversorgung	3,7 Mio. €
Summe	**19,9 Mio. €**

Finanzierung der Investitionsmaßnahmen

Einzahlungen aus Investitionstätigkeit



Einzahlungen aus Zuwendungen 2027

Investitionspauschale GFG:	4,6 Mio. €
Feuerschutzpauschale:	290.000 €
NRW-Plan gute Infrastruktur:	6,2 Mio. €
Beitragserstattung Straßen:	1,5 Mio. €
RWP-Programm Meisenburg:	3,0 Mio. €
Städtebauförderung:	250.000 €
Dorferneuerung:	125.000 €
Ganztagsförderprogramm:	120.000 €
Sonstige Programme:	330.000 €

Einzahlungen aus Darlehen: 5,0 Mio. €
(vornehmlich Wasserversorgung)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

